

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 08/2014 vom 12. Dezember 2014, 16:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Ryser Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Grimm Beat, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Klossner-Beer Barbara, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Manfred Locher, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk (ab 16.30), Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Daniela Weber, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Dominique Kröpfli
Entschuldigt	Stadtrat Lukas Lanzrein
Schluss der Sitzung	19:00 Uhr

Die **Stadtratspräsidentin** eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden zur letzten Stadtratssitzung im Jahr 2014. Die letzten Wahlen haben Freude aber auch Enttäuschungen ausgelöst. Die Stadtratspräsidentin drückt den unfreiwillig aus dem Rat Austretenden ihr Bedauern aus und gratuliert den übrigen Stadratsmitgliedern zur Wiederwahl.

59. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 20. November 2014

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

60. Gemeindeinitiative "Thuner Altersheim-Initiative: Wohnen im Alter".

Beschlussfassung und Abstimmungsbotschaft

Bericht des Gemeinderates Nr. 17/2014

Manfred Locher, **SAKO Sicherheit+Soziales**, erklärt die Ziele der Gemeindeinitiative. Mit einer Annahme der Initiative kann die Stadt Thun eigene Alterseinrichtungen führen und einen direkten Einfluss auf bestehende Alterseinrichtungen nehmen. Das kann die Stadt bereits mit der heutigen Rechtsgrundlage tun. Die Stadt Thun verfolgt aber eine andere Zielrichtung. Die Qualitätskontrolle von Alterseinrichtungen liegt seit der Revision des kantonalen Gesundheitsgesetzes im Jahr 2011 beim Kanton. Die Hauptanliegen der Initianten können somit nicht erfüllt werden. Trotzdem gibt es Gründe, die Initiative zu befürworten. Die Initiative löst eine Diskussion über das Thema Altersfürsorge in Thun aus. Die Kommission lehnt mit 4 zu 2 Stimmen, bei einer Enthaltung, die Initiative ab. Durch den Wechsel von einer Objekt- zu einer Subjektfinanzierung in der Altersfürsorge, wurde ein Wettbewerb zwischen den Alterseinrichtungen erhofft. Die limitierte Anzahl an Plätzen in Alterseinrichtungen hat aber diesen Effekt nicht ermöglicht.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass die Initiative bei der Bevölkerung falsche Hoffnungen weckt. Mit der Initiative wird die WIA (Wohnen im Alter AG) nicht wieder zur Stadt zurückkommen. Die Qualitätskontrolle liegt definitiv beim Kanton. Die Fraktion befürchtet, dass mit einer Annahme der Initiative Anforderungen an die Stadt gerichtet werden, die nicht mit dem heutigen Leitbild der Altersfürsorge übereinstimmen. Die Initiative schadet nicht, aber nützt auch nichts. Die Fraktion lehnt die Initiative ab.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, hat den Antrag des Gemeinderats zur Annahme der Initiative sehr erfreut zur Kenntnis genommen. Die Fraktion stimmt der Initiative einstimmig zu. Die Argumentation des Gemeinderates ist teilweise widersprüchlich. Der Gemeinderat schreibt einerseits, dass eine Betreibung von Alterseinrichtungen durch die Stadt Thun ausgeschlossen sei. Andererseits erwähnt er, dass eine Prüfung von eigenen Alterseinrichtungen im Bedarfsfall geklärt würde. Die Stadt Thun muss sich in der Alterspolitik mehr engagieren. Die Privatisierungen haben im Alters- und Pflegebereich mehr negative als positive Auswirkungen; nur wenige können davon profitieren. Sie verweist auf Skandale in Alterseinrichtungen während der letzten Jahre. Die Annahme der Initiative bietet eine Chance für die Stadt Thun, sich vermehrt für die Alterspolitik einzusetzen und mehr Einfluss zu gewinnen. Es geht nicht um die Profilierung der UNIA, sondern um die grosse Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, spricht gegen die Initiative. Die Gemeindeinitiative suggeriert, dass die Stadt Thun endlich die Verantwortung gegenüber der älteren Bevölkerung wahrnehmen sollte. Die SVP-Fraktion befürwortet gute Rahmenbedingungen für das Wohnen im Alter, setzt aber auch ein grosses Gewicht auf die Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Bevölkerung. Die Initiative rennt offene Türen ein und wird am Status Quo nichts ändern. Es stellt sich somit die Frage welchen Nutzen die Initiative hat. Die SVP-Fraktion lehnt, auf Grund von nicht Notwendigkeit, die Initiative ab.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, fordert die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für das Wohnen im Alter. Die Führung von Altersheimen durch die Stadt Thun ist aber für die FDP-Fraktion nicht denkbar. Die Gemeindeinitiative ist gut gemeint aber in dieser Form nicht notwendig. Die FDP-Fraktion lehnt die Initiative ab.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, stimmt Stadträtin Christine Buchs (FDP) zu. Die Gemeindeinitiative ist gut gemeint, kann aber das Geforderte nicht bewirken. Die Haltung der Parteien bezüglich der Rahmenbedingungen für das Wohnen im Alter ist vergleichbar. Alle fordern gute Bedingungen für die ältere Bevölkerung. Die Gemeindeinitiative hat die Fraktion vor ein Dilemma gestellt. Die Frage stellt sich, weshalb eine Verfassungsänderung notwendig ist. Für die Qualitätskontrolle bestehen bereits heute Instrumente. Falls diese Instrumente nicht funktionieren sollten, wäre es die Aufgabe des Stadtrates, diese zu kontrollieren und zu verbessern. Die Initiative weckt heimliche Hoffnungen, die aber nicht eingehalten werden können. Die Fraktion lehnt nicht den Inhalt der Initiative ab, wird aber der Initiative nicht zustimmen.

Beat Grimm, **Fraktion Grüne**, stimmt der Initiative einstimmig zu. Die Fraktion ist sich bewusst, dass die bereits vorhandenen Bestimmungen eine Führung von Alterseinrichtungen durch die Stadt ermöglichen. Raumplanerische Massnahmen müssen aber die Bedürfnisse der älteren Bevölkerungen miteinbeziehen. Die Stadt Thun ist verpflichtet, gute Rahmenbedingungen für Alterseinrichtungen zu schaffen. Dabei geht es auch darum, Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zu kreieren, die eine ambulante Betreuung zu Hause ermöglichen. Die ältere Bevölkerung kann sich oft die ambulante Unterstützung finanziell nicht leisten. Familien müssen teilweise Kosten von Schlussreinigungen oder pauschalen Eintrittskosten von Alterseinrichtungen übernehmen. Mit der Initiative werden bessere Voraussetzungen für das Wohnen im Alter geschaffen. Sie hilft der Stadt, direkt Einfluss zu nehmen, wenn Kritik geäussert wird.

Gemeinderat Peter Siegenthaler, bedankt sich für die Diskussion im Stadtrat. Es gibt zwei gute Argumente für die Initiative. Die Initiative lenkt auf ein wichtiges Thema in der Gesellschaft. Die Altersvorsorge beschäftigt uns alle und muss diskutiert werden. Es wurde mehrmals erwähnt, dass die Initiative heute wenig bis gar nichts bewirke. Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass die Initiative für die Zukunft gute Grundlagen schafft und damit auf ändernde Rahmenbedingungen reagieren kann. Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme der Initiative.

Der Rat fasst mit 27 zu 12 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 25 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 21. November 2014, beschliesst:

1. Den Stimmberechtigten von Thun wird Ablehnung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 Buchstaben a und f der Stadtverfassung sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 12. Dezember 2014, beschliessen:

1. Die Gemeindeinitiative „Thuner Altersheim-Initiative: Wohnen im Alter“ wird angenommen.
 2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.
2. (Einstimmig, auf Antrag von Stadtrat Matthias Wiedmer, SVP-Fraktion:)

Die Abstimmungsbotschaft wird genehmigt. Der Stadtschreiber wird beauftragt, die Abstimmungsbotschaft gestützt auf die Diskussion im Stadtrat noch entsprechend anzupassen (Antrag auf Ablehnung statt Antrag auf Annahme). Dabei sollen die Inhalte im Wesentlichen unverändert bleiben. Es sind in erster Linie die Anträge anzupassen. Die Kompetenz zur definitiven Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft wird an das Stadtratsbüro delegiert.
 3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

61. Gemeindeinitiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Thun (Städte-Initiative Thun)

Beschlussfassung und Abstimmungsbotschaft

Bericht des Gemeinderates Nr. 18/2014

Gemeinderätin Marianne Dumermuth, anerkennt die Anliegen des Initiativkomitees. Der Gemeinderat unterstützt die Förderung des Langsamverkehrs und des öffentlichen Verkehrs. Es bestehen bereits heute Massnahmen wie zum Beispiel in der Strategie Stadtentwicklung, mit der Teilstrategie Nr. 8: "Städtische Mobilität effizient und umweltfreundlich bewältigen". Der Gemeinderat will den Langsamverkehr unterstützen. Mit dem Langsamverkehr kann eine hohe und dichte Mobilität erzielt werden, ohne die Verkehrsinfrastruktur zu überlasten. Die Anteile des Langsamverkehrs und des öffentlichen Verkehrs sollten gegenüber dem Gesamtverkehr erhöht werden. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision gibt es ein Teilprojekt Verkehr und es besteht eine aktualisierte Gesamtbetrachtung des Verkehrs in der Stadt Thun. Die enthaltenen Massnahmen sind zu Gunsten des Langsamverkehrs. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass heute noch Lücken bestehen. Viele Anliegen der Initianten werden in bestehenden Projekten bereits berücksichtigt. Aus diesem Grund ist die Städteinitiative nicht notwendig, sondern führt zu Doppelspurigkeit und Einschränkungen des Handlungsspielraumes. Zudem sind die geforderten Messungen problematisch. Die Kontrolle der geforderten Zielsetzungen ist schwierig und aufwändig. Zum Beispiel die Stadt Biel will mit einem Reglement die Städteinitiative umsetzen, verzichtet aber auf festgelegte Erhöhungswerte für den Langsamverkehr. Der Grund dafür sind teure und aufwändige Messungen. An der Stadtratssitzung dem 27. März 2014 wurde eine Verlängerung der Behandlungsfrist gewährt. Der Gemeinderat brauchte mehr Zeit für die Erarbeitung eines mehrheitsfähigen Gegenvorschlags. Der Gemeinderat hat dem Initiativkomitee und der Spezialkommission Verkehr einen Gegenvorschlag vorgelegt. Die Rückmeldungen haben gezeigt, dass die Vorstellungen zu einer Städteinitiative zu stark auseinander driften. Ein Mehrheitsfähiger Gegenvorschlag war somit nicht möglich. Bei einer Ablehnung der Initiative durch den Stadtrat wird eine Volksabstimmung erfolgen. Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat die Initiative abzulehnen.

Franz Schori, **SAKO Stadtentwicklung**, spricht für die SAKO Mehrheit; diese teilt die Meinung des Gemeinderates nicht. Durch die Initiative wird der Handlungsspielraum nicht eingeschränkt. Die Verkehrspolitik wird mit der Annahme der Initiative auf ein besseres Fundament gesetzt. Der Gemeinderat empfiehlt eine Ablehnung der Initiative auf Grund mangelnder Datengrundlagen. Strategien können nur dann erfolgreich sein, wenn die Ausgangslage bekannt ist. Die SAKO Mehrheit fordert keine komplizierten Vorgehensweise bei der Ermittlung der Datengrundlage. Ein gutes Beispiel ist die Stadt Burgdorf, die mit einfachen Lösungen die Verkehrsflüsse messen. Es wird ein pragmatisches Vorgehen verlangt und die Diskussion steht offen für Kompromisslösungen. Es braucht nicht zwingend eine neue Arbeitskommission, die bereits bestehende Kommission Verkehr könnte diese Aufgaben in Zukunft übernehmen. Bei einer Annahme der Initiative wird die Diskussion über ein Reglement folgen, welches dem fakultativen Referendum untersteht. Es braucht mehrheitsfähige Lösungen; dazu sind Kompromisse notwendig. Ein solcher Kompromiss in der Verkehrspolitik ist beim Bau des Parkhauses Schlossberg gelungen. Die SAKO Stadtentwicklung ist mehrheitlich überzeugt von der Initiative und empfiehlt die Annahme. Die Initiative bietet ein gutes Fundament für die Verkehrsplanung der Stadt Thun, ist sinnvoll und zweckmässig.

Peter Aegerter, **SAKO Stadtentwicklung**, spricht für die Minderheit der SAKO. Die SAKO hat mit 3 zu 4 den Vorschlag des Gemeinderats abgelehnt. Der Gemeinderat hat die Fristverlängerung gut genutzt. Alle Interessenten wurden zur Stellungnahme eingeladen und die Dokumentationen liegen in guter Qualität vor. Die SAKO Stadtentwicklung Minderheit ist froh, dass der Gegenvorschlag nicht angenommen worden ist. Die Doppelspurigkeit der Initiative mit dem Agglomerationsprogramm 1 und 2 und die Benachteiligung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und des Gewerbes sind die Hauptargumente für die Ablehnung der Initiative. Verschiedene Verkehrsteilnehmer werden gegeneinander ausgespielt und der verkehrsplanerische Handlungsspielraum wird eingeschränkt. Zudem hat die Initiative keinen Einfluss auf die Kantons- und Bundeshoheit. Die SAKO Minderheit empfiehlt dem Rat, die Initiative abzulehnen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass eine Verkehrspolitik mit verbindlichen Fristen und Zahlen falsch ist. Die Initiative generiert Doppelspurigkeit und verursacht unnötige Bürokratie. Der motorisierte Individualverkehr wird gegen den Langsamverkehr ausgespielt. Eine effiziente und glaubwürdige Messung des Langsamverkehrs wird in Frage gestellt. Mit der Initiative kann dem Wirtschaftswachstum und einem allfälligem Bevölkerungswachstum nicht gerecht werden. Es bestehen bereits Massnahmen wie beispielsweise das Agglomerationsprogramm. Es braucht Geduld und Zeit, bis Wirkungen sichtbar werden. Eine Annahme der Initiative wäre weder weitsichtig noch nachhaltig. Im Jahr 2002 wurde eine gemeinsam erarbeitete Vereinbarung, die flankierende Massnahmen enthält, unterzeichnet. Alle Verbände, Interessengemeinschaften und Parteien haben die Vereinbarung unterschrieben. Die Initiative ist ein Vertrauensbruch gegenüber der unterzeichneten Vereinbarung von 2002. In Thun bestehen bereits Verkehrsmassnahmen für den Langsamverkehr. Die Städteinitiative beschränkt sich auf die Stadt und löst keine regionalen Verkehrsprobleme. Die BDP-Fraktion fordert eine verkehrstechnisch gut erschlossene Stadt. Es braucht ein gutes Angebot im öffentlichen Verkehr ohne Benachteiligungen für den Individualverkehr. Die Fraktion steht dafür ein, dass neben dem Langsamverkehr und dem öffentlichen Verkehr, auch dem Individualverkehr eine grosse Bedeutung geschenkt wird. Langsamverkehrsachsen müssen konsequent und rasch umgesetzt werden. Die Möglichkeit muss bestehen, mit dem Fahrrad schnell und sicher in die Schule oder zur Arbeit zu gelangen oder seine Einkäufe zu erledigen. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates mehrheitlich zu und will dadurch eine Volksabstimmung ermöglichen.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, weist auf die verfehlende Verwirklichung der verkehrsplanerischen Massnahmen in der Stadt Thun hin. Seit einem Jahrzehnt steht in der Verkehrsplanung der Stadt Thun die Zeit still. Es fehlt an innovativen Ideen und Lösungen. Vor zehn Jahren wurden gemeinsam mit verschiedenen Verbänden und der Stadt Thun neue Projekte, wie zum Beispiel der Velokurier, die Citylogistik oder die Velostation realisiert. Eine Gesamtverkehrsstudie der Agglomerationen wurde erarbeitet und damit den Grundstein für das Agglomerationsprogramm gelegt. Heute fehlen innovative Lösungen in der Verkehrsplanung. Der Veloparkplatz am Bahnhof Thun ist in einem desolaten Zustand, der Stau konnte nicht reduziert werden und für den Bahnhofplatz fehlen schlicht die Worte. Damit das prognostizierte Verkehrswachstum nicht zu noch mehr Stau, Land- und Energieverbrauch führen wird, braucht es dringend neue Lösungen und Massnahmen. Platz- und ressourcenschonende Verkehrsmittel müssen gefördert werden. Es geht dabei nicht um das gegenseitige Ausspielen der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer. Damit die Ziele der Agglomerationsprogramme erreicht werden können, müssen alle Massnahmen umgesetzt werden. Bisher wurden vorwiegend Massnahmen zu Gunsten des motorisierten Individualverkehrs umgesetzt, zum Beispiel der Bypass Thun Nord oder der Parkhausring Bahnhof Süd und Schlossberg. Massnahmen für den Langsamverkehr, wie zum Beispiel die Erweiterung der Velostation Bahnhof, Ausbau Bike and Ride Bahnhof-Innenstadt, Ausbau der Unterführung an der Regiestrasse oder der Fussgänger- und Fahrradweg Scherzligen-Schadau wurden alle bis heute nicht umgesetzt. Für die Umsetzung der Massnahmen braucht es eine klare Zielsetzungen und ein Controlling. In anderen Städten wie St. Gallen oder Biel ist die Initiative erfolgreich umgesetzt worden. Die letzten aktuellen Zahlen stammen aus dem Jahr 2007 und sind veraltet. Für eine gute Verkehrsplanung sind aktuelle Zahlen notwendig. In der Initiative wird die Messtechnik nicht festgelegt. Umfragen, wie diese auch der Bund durchführt, sind eine effiziente und kostengünstige Möglichkeit. Der Gemeinderat bezweifelt die Realisierbarkeit der Erhöhung des Langsamverkehrs und des öffentlichen Verkehrs um 10% in Bezug auf den Gesamtverkehr. Die Gesamtverkehrsstudie des Bundes zeigt aber, dass das Verlagerungspotenzial von Autos auf öffentlichen Verkehr und Langsamverkehr bei 15% liegen. Die Fraktion ist überzeugt, dass die jetzige Pflasterlipolitik zu Mehrkosten führt. Es braucht eine gesamtheitliche Verkehrsplanung. Die Fraktion sagt Ja zur Städteinitiative.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, kritisiert die bereits festgelegten Meinungen zur Städteinitiative, die auf Facebook zu lesen sind. Das Gegenteil von gut bedeutet nicht schlecht sondern gut gemeint. Die vier ersten Punkte der Initiative: *„Ein attraktives und sicheres Fusswegnetz, durchgängige und direkte Velorouten, Ausbau des Busnetzes sowie Busbevorzugung an neuralgischen Stellen und die Förderung der kombinierten Mobilität und des Mobilitätsmanagements“* sind sehr interessant, nachvollziehbar und werden von der Fraktion unterstützt. Eine Einschränkung beim Neu- oder Ausbau von Hochleistungs- und Hauptverkehrsachsen in Thun wie auch die festgelegte Erhöhung des öffentlichen Verkehrs sowie des Langsamverkehrs werden als problematisch betrachtet. Der Gemeinderat wird dadurch in seiner Hand-

lungskompetenz eingeschränkt. Die FDP-Fraktion lehnt aus diesem Grund die Initiative mehrheitlich ab. Die Initiative hat negative Auswirkungen auf die Stadtentwicklung und für das Gewerbe. Es ist offensichtlich, dass durch die Initiative der motorisierte Verkehr zu Gunsten des Langsamverkehrs und öffentlichen Verkehrs benachteiligt wird. Die verschiedenen Verkehrsmittel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen intelligent und komplementär verwendet werden. Es braucht eine gleichberechtigendes Verkehrskonzept und eine Förderung der intelligenten Mobilität. Die wachsende Mobilität muss durch eine bessere Verbindung zwischen Individualverkehr und öffentlichem Verkehr aufgefangen werden. Die Langsamverkehrsachsen müssen rasch und konsequent umgesetzt werden. Die Fraktion wünscht sich Speedlines für E-Bikes und ein verkehrsaarmes Bälliz. Massnahmen wurden mit dem Agglomerationsprogramm definiert, die Realsierungen sind am Laufen und brauchen Zeit. Die Fraktion ist enttäuscht, dass der Gemeinderat trotz der zusätzlichen Zeit keinen Gegenvorschlag präsentiert.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, ist über die Vorbereitung des Geschäfts durch den Gemeinderat enttäuscht. Die Fraktion vermisst die Weitsicht und Innovationskraft des Gemeinderates. Das vorliegende Resultat erfüllt die Erwartungen nicht, es liegt kein Gegenvorschlag vor. Eine ernsthafte und seriöse Auseinandersetzung mit dem Initiativtext hat gefehlt. Von einem Gegenvorschlag werden eine ernsthafte Auseinandersetzung und konstruktive Vorschläge erwartet. Die Fraktion kritisiert die politische Zusammenarbeit. Nach der Eingabe der Rückmeldungen zum Gegenvorschlag, haben die Initiativen keine weiteren Informationen von Seiten des Gemeinderates erhalten. Der Gemeinderat hat das Ziel und das Anliegen der Initiative nicht verstanden. Die bereits erwähnten Massnahmen wurden mit einem grossen Konsens erarbeitet und teilweise bereits umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt aber ganz klar beim motorisierten Individualverkehr. Mit flankierenden Massnahmen tragen diese Projekte auch zur Optimierung des Gesamtverkehrs bei. Die Initiative will genau diese Stossrichtung weiterführen. Es braucht gesamtheitliche Lösungen unter der Berücksichtigung von allen Verkehrsteilnehmern. Bei einer Überprüfung von zwölfjährigen Massnahmen kann nicht die Rede von Doppelspurigkeit sein. Messungen sind für eine gesamtheitliche Planung notwendig und können in einem angemessenen Rahmen durchgeführt werden. Die Fraktion bedauert, dass kein konstruktiver Gegenvorschlag vorliegt. Die Fraktion stimmt der Initiative mehrheitlich zu.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, stimmt der Initiative zu. Im Initiativkomitee sind die Stadtratsmitglieder Vreni Schneider (EDU), Susanna Ernst (BDP), Andreas Kübli (glp), Christine Buchs (FDP), Andrea de Meuron (Grüne), Roman Gugger (Grüne) und Sandra Rupp Gyger (SP) vertreten. Die Initiative wird von fünf Parteien (SP, Grüne, EDU, BDP und glp) und von fünf Organisationen (Ärzte und Ärztinnen für Umweltschutz, WWF, Fussverkehr, VCS und ProVelo) unterstützt. Dem Initiativkomitee war es ein Anliegen, das Thema auf einer Sachebene und nicht auf einer wahlpolitisch motivierten Ebene zu diskutieren. Stadträtin Rupp Gyger kritisiert die Kommunikation des Gemeinderates bei der Bearbeitung des Geschäfts. Mit einer Verlängerung der Frist wurde von den Initianten ein konstruktiver und mehrheitsfähiger Gegenvorschlag erwartet. Die Stellungnahme des Initiativkomitees zum Gegenvorschlag wurde vom Gemeinderat nie beantwortet. Zudem wurden dem Initiativkomitee die Stellungnahmen weiterer Teilnehmer nicht weitergeleitet. Trotz mehrmaligem Nachfragen wurde das Initiativkomitee erst vor zwei Wochen beim Versand der Stadtratsunterlagen über den Verzicht von einem Gegenvorschlag informiert. Stadträtin Rupp erklärt, weshalb sie sich für die Initiative einsetzt. Seit 3 Jahren hat sie sich intensiv mit dem Thema Verkehr auseinandergesetzt und ist Vorstandsmitglied beim Fussverkehr Bern, dadurch wurde sie auch als Mitglied in die Spezialkommission Verkehr gewählt. An der ersten Sitzung fühlte sie sich mit ihren Anliegen am richtigen Ort, die Erfahrungen bestätigten dies aber nicht. Diese Erfahrungen sowie die Erkenntnis der eingereichten Vorstösse für die Verbesserung des Langsamverkehrs und ÖV, welche jeweils eine Mehrheit gefunden haben, zeigen doch, dass Handlungsbedarf besteht. Sandra Rupp spricht die eingereichten Vorstösse der letzten Zeit betreffend des Langsamverkehrs an, welche überwiesen und teilweise leider sofort abgeschrieben wurden. All diese Kämpfe um die kleinen Fussgängerstreifen haben sie bewogen, im Initiativkomitee mitzumachen. Es braucht eine ganzheitliche Planung und nicht die Weiterführung der bisherigen Pflästerlipolitik.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, lehnt die Initiative einstimmig ab. Die genannten Beispiele wie der Einbahnverkehr, die Aufhebung von Parkplätzen, die Schaffung von Veloparkplätzen am Bahnhof oder die Verbindung Schwäbis sind unbestritten. Der Initiativtext verlangt aber einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs um 10 Prozent und stimmt so nicht mit den genannten Beispielen

überein. Die konkreten Projekte müssten im Initiativtext aufgeführt werden. Der Übergang zum Schwäbis ist ein lang diskutiertes Thema, leider wurden bisher keine geeigneten Lösungen gefunden. Im Agglomerationsprogramm werden die geeigneten Rahmenbedingungen gesetzt und somit bestehen die notwendigen Instrumente bereits. Die Umsetzung braucht Zeit und Geduld. Die starren Zahlen wirken abschreckend und lassen keinen Pragmatismus zu. Die SVP-Fraktion fordert den Rat auf, die Initiative abzulehnen um somit eine Volksabstimmung zu ermöglichen.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, stellt klar, dass der Initiativtext nicht einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs um 10% verlangt. Die Zahlen sind an das Verhältnis zum Gesamtverkehr verknüpft. Der Initiativtext verlangt eine Steigerung des Anteils von öffentlichem Verkehr und Langsamverkehr um 10%, gemessen am Gesamtverkehr. Die Initiative will nicht den motorisierten Verkehr verbieten. Der Verkehr und die Mobilität brauchen sehr viel Platz. Mit der steigenden Mobilität, steigt auch der Platzbedarf und die Folge davon ist Stau. Eine mögliche Lösung ist der Ausbau des Strassennetzes. Es gibt aber innovativere und nachhaltigere Lösungen, wie die Förderung von platzsparenden Verkehrsmitteln. Mit der Initiative werden innovative Lösungen für eine zukunftsorientierte Verkehrsplanung gefördert und ermöglicht. Für eine Planung braucht es konkrete Zielsetzungen dazu gehören auch konkrete Zahlenwerte. Es werden nicht die Zahlen sondern die Zielsetzungen pragmatisch betrachtet.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, zitiert Berthold Brecht: "Wer A sagt muss nicht unbedingt B sagen." Es ist durchaus legitim seine Meinung zu ändern, wenn man bemerkt, dass A falsch war.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass Wohlstand und Unternehmertum sich dort ansiedeln, wo der Verkehr läuft. Die Stadt Thun braucht Verkehrsverbindungen ohne Stau. Es ist ein grosser Fehler, wenn der Strassenbau mit Reglementen verhindert wird. Damit würde der Standort unattraktiv. Er zitiert aus der Stellungnahme der STI. Die Initiative ist ein Ecopop für die Strassen und kann das Thuner Verkehrsproblem nicht lösen. Die Initiative ist eindeutig ideologisch geprägt, sie wird in allen Schweizer Städten eingereicht und fordert ein Verbot im Strassenausbau. Er empfiehlt mit Nachdruck die Initiative abzulehnen.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, betont, dass grundsätzlich alle eine Verbesserung in Verkehr und Mobilität unterstützen. Die Initiative ist mit sehr viel Engagement entstanden. Der Antrag für eine Verlängerung des Geschäfts wurde angenommen in der Erwartung, dass der Gemeinde einen tragfähigen Gegenvorschlag erarbeitet. Ein Gegenvorschlag liegt nicht vor, wahrscheinlich weil es nicht einfach war, einen zu erarbeiten. Bevor ein falscher Schritt gemacht wird, wird besser kein Schritt gemacht. Deshalb wird Stadtrat Lanz die Initiative ablehnen.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, nimmt erfreut zur Kenntnis, dass man schlauer werden kann und seine Meinung ändern darf. Dies gilt für alle Anwesenden im Saal. Er fordert Gleichberechtigung bei der Meinungsänderung. Was für die Befürworter gilt, gilt auch für die Gegner.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, teilt die Ansicht der Fraktion nicht vollständig. Sie freut sich, dass die FDP-Fraktion in vier Punkten mit der Städteinitiative einverstanden ist. Das Ziel ist, unnötigen Verkehr zu vermeiden und den Verkehr zu verlagern. Leider ist der Weg mit der vorliegenden Städteinitiative nicht für alle mehrheitsfähig. Bereits in sieben Schweizer Städten wird die Initiative umgesetzt. Im bürgerlich dominierten St. Gallen hat FDP-Regierungsrat Haag die Städteinitiative gelobt. Stadträtin Buchs kritisiert, dass kein Gegenvorschlag dem Gemeinderat vorgelegt wird. Der provisorische Gegenvorschlag hatte genau die Punkte aus der Initiative gestrichen, die von den Gegnern verlangt worden sind. Es braucht eine intelligente Verkehrspolitik mit einem dichteren Netz von öffentlichem Verkehr und stressfreien Velorouten. Ein Gelenkbus am Rechten Thunerseeufer ersetzt einen Stau von 700 Metern. Es sind neue Ideen gefragt wie der Citybus for free, Kombitickets oder ein Rundumbusticket in der Innenstadt. Die Städteinitiative unterstützt den Gemeinderat bei der Umsetzung einer guten Verkehrsplanung. Zudem werden Investitionen für die Sicherheit ausgelöst und die touristische Attraktivität wird gefördert.

Konrad Hädener (CVP) ist das einzige noch amtierende Stadtratsmitglied, welches im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens 2003 alle drei Massnahmepakete der Verkehrsstudie unterzeichnet hat. Die Firma Metron hatte konkrete Analysen zu jeder Massnahme durchgeführt. Der ausführliche Mitwirkungsbericht

liegt vor. Die Stadt befindet sich auf halbem Weg der Umsetzung und befindet sich im vorgelegten zeitlichen Rahmen. Das Massnahmepaket 1 für eine Förderung des Langsamverkehrs und des öffentlichen Verkehrs wurde mehrheitlich durchgeführt. Dazu gehören Verlegungen von Bushaltestellen, Taktverdichtungen der Busfahrpläne, Markierungen von Busspuren und Velowegen, Erhöhung der Sicherheit für Velofahrer in Unterführungen oder die Realisierung des Uferweges. Es ist nicht richtig, dass nur Geld in den motorisierten Individualverkehr fliesst. Im Rahmen des Massnahmepaket 2 wird der Parkhausring um die Innenstadt vervollständigt. Bevor das geplante Einbahnsystem umgesetzt werden kann, muss der Bypass Thun Nord in Betrieb genommen werden. Im Massnahmepaket 3 wird die Aareüberquerung Thun-Süd konkretisiert. Das sind alles geplante Massnahmen die nun umgesetzt werden. Die Städteinitiative ist verwerflich, da sie den Kontext der Stadt Thun völlig ausblendet. Im Jahr 2002/2003 wurden Verpflichtungen festgelegt und unterzeichnet. Das Programm hat eine Laufzeit von 20 bis 30 Jahren und ist nun mitten in der Umsetzungsphase. Die Initianten hätten zwingend auf den vorliegenden Kontext eingehen müssen, dann wäre auch ein Gegenvorschlag durch den Gemeinderat möglich gewesen.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, bezieht sich auf das Votum von Alain Kleiner (SVP). Das Initiativkomitee hat nie Informationen über Rückmeldungen der Anspruchsgruppen erhalten. Die Rückmeldungen gelten als vertraulich und wurden nur an die Mitglieder der SAKO Stadtentwicklung weitergeleitet. Aus vertraulichen Dokumenten darf nicht zitiert werden. Nun wurde aber hier aus den Berichten zitiert.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, weist die Kritik zurück. Die Wirtschaftsverbände haben die Mitteilungen an alle Fraktionschefs versendet. Die Briefe wurden an unterschiedliche Mitglieder weitergeleitet. Er versteht nicht, weshalb Stadträtin Sandra Rupp Gyger (SP) die Rückmeldungen nicht erhalten hat. Es besteht keine Geheimhaltung der Stellungnahmen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, zitiert aus der Stellungnahme der STI. Die Interessen der STI sind im Zusammenhang mit der Städteinitiative abgedeckt.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP**, hat ebenfalls auf Facebook ihre Meinung zur Städteinitiative geäußert. Sie hat sich entschieden bei der Interessensgruppe als Privatperson, aber nicht als Vertreterin der Fraktion BDP, mitzuwirken. In Thun mahlen die Mühlen extrem langsam und stehen auch mal still. Das braucht sehr viel Geduld. Ein angemessener Gegenvorschlag wird vermisst. Die Initianten waren zu Kompromissen bereit, aber ohne Gegenvorschlag ist die Diskussion darüber nicht möglich. Agglomerationsprogramme bestehen gesamtschweizerisch. Die Städte Basel, Genf, Luzern, St. Gallen, Winterthur oder Zürich haben alle ein Agglomerationsprogramm. Bei einer Volksabstimmung wird die Initiative angenommen. Der Wert von 10% ist nicht in Stein gemeißelt, sondern ein verhandelbarer Wert. Auf dem Markt in Luino wird auch um den Preis gehandelt. Der Gemeinderat hatte die Möglichkeit, im Rahmen eines Gegenvorschlages die Werte anzupassen. Zum Beispiel die Stadt Genf, eine Autostadt, hat den Auftrag angenommen, die Situation für Velofahrer und Fussgänger zu verbessern.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, geht auf das Votum von Stadtrat Konrad Hädener (CVP) ein. Im Rahmen des Massnahmepaket 1 sind noch lange nicht alle Massnahmen umgesetzt. Die Unterführung Regiestrasse, die Verbindung des Thunersees rechts und links für Fussgänger und Velofahrer oder der Uferweg bis zum Lachenstadion sind bisher nicht umgesetzt worden. Die intensive Diskussion im Stadtrat zeigt die Komplexität des Themas auf. Eine Volksabstimmung führt nicht zwingend zu einem besseren Ergebnis. Der Stadtrat ist die gewählte Vertretung der Volksstimmen. Die Initiative verlangt keine Verfassungsänderung und somit ist eine Volksabstimmung nicht zwingend notwendig.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, hat Mühe mit dem Vergleich vom italienischen Markt. Er appelliert an die Fraktionsdisziplin.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth hat sich auf eine Diskussion über die Städteinitiative vorbereitet und nicht auf eine Diskussion über die gesamte Verkehrspolitik in Thun. Sie hat die intensive und engagierte Debatte sehr geschätzt. Es wurden sehr viele differenzierte Voten laut. Die Kompetenz zum Thema Verkehrspolitik ist im Stadtrat Thun sehr gross. Verkehr bewegt, jeder von uns ist täglich unterwegs und mit der aktuellen Verkehrspolitik konfrontiert. Die engagierte Diskussion ist sehr spannend, auch für die kommende Ortsplanungsrevision. Sie bedankt sich beim Rat für die angeregte Diskussion.

Der Rat genehmigt mit 20 zu 19 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 25 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 21. November 2014, beschliesst:

1. Die Gemeindeinitiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Thun (Städte-Initiative Thun) wird angenommen.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Sitzungsunterbruch (5 Minuten)

Mitteilungen

Jodellied Jodlerklub Stockhorn

Die Stadtratspräsidentin verabschiedet die austretenden Stadtratsmitglieder

- Daniela Weber (SVP)
- Zeno Supersaxo (FDP)
- Peter Stutz (Grüne)
- Claude Schlapbach (BDP)
- Hanspeter Aellig (FDP)
- Konrad Hädener (CVP)

Sie würdigt und verdankt die im Stadtrat geleisteten Dienste für die Stadt Thun und wünscht den Austretenden alle Gute für die Zukunft.

Jodellied Jodlerklub Stockhorn

Die Stadtratspräsidentin verabschiedet Gemeinderätin Ursula Haller

„Ursula Haller wurde im Jahr 1985 als Mitglied der Schweizerischen Volkspartei (SVP) in den Stadtrat gewählt. Damit begann ihr öffentliches politisches Wirken, welches sie in der Folge auch in den Gemeinderat der Stadt Thun, den Grossen Rat des Kantons Bern und in den Nationalrat führte.

Dieser Wahl voraus ging ihr herzhaftes Engagement in der Thuner Frauenzentrale, der Dachorganisation der Thuner Frauenvereine und hier insbesondere für die erfolgreiche Lancierung des Alters- und Pflegeheimes der Gutknecht-Stiftung am Postgässli in Thun. Auch war Ursula Haller Gründungsmitglied der Thuner Stadthostessen.

Während ihrer 14-jährigen Mitgliedschaft im Stadtrat wirkte Ursula Haller beim Entwurf verschiedener Reglemente mit und hinterliess hier ihre ersten politischen Spuren: im Datenschutzreglement, Kindergartenreglement, Geschäftsreglement des Stadtrats, Polizeireglement und in der Wahl- und Abstimmungsordnung.

Ihre elf persönlichen stadträtlichen Vorstösse befassten sich mit Kindergarten, Schutzraumplanung, Standort Früchte- und Gemüsemarkt, Drogenpolitik, steuerliche Begünstigung der Neuansiedlung von Unternehmen, Arbeitsvergebungen, Abschaffung der Billettsteuer, Verlegung von Arbeitsplätzen der Armee und mit der Kehrrichtverbrennungsanlage.

Seit 1999, also 16 Jahre lang, war Ursula Haller dann Mitglied des Gemeinderates der Stadt Thun, davon 12 Jahre Vorsteherin der Direktion Bildung, Sport und Kultur und 4 Jahre Vorsteherin der Direktion Bildung und Entwicklung. Von 2003 bis 2010 war sie zudem Vizestadtratspräsidentin. Sie vertrat die Stadt Thun gemäss Behördenverzeichnis in 28 Organisationen und Kommissionen.

In allen ihren Führungsbereichen Bildung, Sport, Kultur, Kinder und Jugend, Integration, Stadtplanung, Mobilität und Umweltschutz galt es, den grossen Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels gerecht zu werden und auf die zunehmenden grossen und fordernden Ansprüche verschiedenster Interessengruppen politisch tragbare Antworten zu finden. Und das mit stets limitierten Ressourcen. Stichworte sind Bildungspolitik, Schulsozialarbeit, Informatik an den Schulen, Schulanlagen, Ausserschulische Kinderbetreuung und Jugendarbeit, Midnight-Sports, Alternatives Kulturzentrum AKuT, Sportanlagen, Kunstmuseum, Thunpanorama, Schlossmuseum, KKThun, Regionale Kulturkonferenz, Fachstelle Integration, Strategie Stadtentwicklung....

1990 bis 1998 war Ursula Haller zudem Mitglied des Grossen Rates des Kantons Bern und 1998/1999 als dessen Präsidentin die höchste Bernerin. Hier setzte sie sich beispielsweise erfolgreich ein für ein Frauenhaus in Thun, für den Erhalt der Gartenbauschule Hünibach und für die Erholung der immer kleiner werdenden Feldhasenpopulation.

1996 war Ursula Haller OK-Präsidentin des Eidgenössischen Jodlerfestes in Thun.

1999 wechselte sie vom Bernischen Parlament in den Nationalrat, wo sie auch Mitglied der sicherheitspolitischen sowie der aussenpolitischen Kommission war. Hier engagierte sich Ursula Haller beispielsweise erfolgreich ein für den bezahlten Mutterschaftsurlaub, die schweizweite Einführung von Tagesschulen, die Sorgfaltspflicht im Rohstoffhandel und die Rüstungsbetriebe bzw. das Stationierungskonzept.

Seit 2008 ist Ursula Haller Mitglied der Bürgerlich-Demokratischen Partei BDP, bei deren Gründung sie eine initiativ Rolle spielte.

Bis in die allerhöchsten Gremien hinein hat Ursula Haller sich Gehör für ihre Anliegen verschafft und auch die Interessen der Stadt Thun wirksam vertreten. Mit ihrer landesweiten Popularität war sie auch eine beachtete und geachtete Botschafterin unserer Stadt.

In Ursula Haller begegnete man immer einer menschenfreundlichen, offenen und herzlichen Frau. Sie hatte stets ein offenes Ohr und ein empathisches Herz für die Menschen, die sich mit einem Anliegen an sie wandten und half unkompliziert und rasch, manche Türen zu öffnen und Probleme zu lösen. Man hat den Eindruck, sie könne gar nicht anders, als unermüdlich, engagiert, grosszügig und herzlich zu sein. Für Ihre Ideale, Werte und Anliegen stand sie mit Leidenschaft offen, mutig, kämpferisch und unerschütterlich ein. Sie machte aus Ihrem Herzen nie eine Mördergrube; sie war offen, direkt und gradlinig. Sie verbarg nichts, nicht ihre Begeisterung, nicht ihre Freude, nicht ihre Wut, nicht ihre Enttäuschung, nicht ihre Tränen. Echt Ursula Haller eben. Direkte und unverblümete Worte zog sie schwülstigen Worthülsen vor. Dabei durfte es auch manchmal etwas länger werden; sie fand noch immer wieder den Punkt. Wichtig ist ihr der Respekt vor Andersdenkenden, der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und das Bewusstsein, dass es uns vergleichsweise gut geht und dass viele Menschen gibt, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Eine grossartige, liebenswürdige Persönlichkeit tritt nun von der Politik zurück. Sie tut es freiwillig und mit Freude auf das, was noch kommen mag.

Liebe Ursula

Im Namen des Thuner Stadtrates und der Bevölkerung der Stadt Thun danke ich Dir für all das Viele, das Du uns und unserer Stadt gegeben hast und wünsche Dir in der kommenden Zeit alles erdenklich Liebe und Gute, ganz herzlich!“

(Blumen und lang anhaltender Applaus)

Jodellied Jodlerklub Stockhorn

Die Stadtratspräsidentin verabschiedet sich persönlich

Sie erinnert an die vielen schönen Anlässe im Zusammenhang mit dem 750-Jahrfeiern der Thuner Handfeste, an das 175-Jahr-Jubiläum des Thuner Kadettenkorps und ein engagiertes Wahljahr.

„In meiner Antrittsrede habe ich auf den Wert eines guten Ratsklimas hingewiesen und ich habe mir eine gute, konstruktive und bewegte Zusammenarbeit gewünscht. Ich habe gesagt, Bewegung sei Bedingung, um Ziele zu erreichen, damit sich die Stadt weiter entwickeln könne. Man müsse Bewegungen analysie-

ren und überdenken, man brauche auch Mut, Fehler einzugestehen und gute Lösungen bräuchten Flexibilität.

Nun, wir *haben* ein *bewegtes* Jahr hinter uns. Wir hatten uns intensiv mit unseren verschiedenen Haltungen und Werten auseinander zu setzen und wichtige Beschlüsse zu fassen. Und ich meine, wir haben das recht gut geschafft. Wir haben zum Teil intensiv und mit Herzblut gestritten und bei aller Leidenschaft die Würde des Parlaments und den Respekt des Anders gewahrt. Allermeistens jedenfalls. Wir haben in konstruktiver Weise und der Aufgabe des Parlaments entsprechend mit dem Gemeinderat zusammengearbeitet und dabei das richtige Verhältnis von Vertrauen und kritischer Distanz gewahrt. Wir haben in 8 Sitzungen 64 Traktanden behandelt, davon 27 parlamentarische Vorstösse.

Am Anfang des Jubiläumsjahres habe an Gräfin Elisabeth von Kyburg erinnert, welche vor 750 Jahren der Thuner Bevölkerung in einer Handfeste ein umfangreiches Regelwerk übergeben hat. Als seine Präsidentin durfte ich in diesem Jahr den Stadtrat an vielen Anlässen repräsentieren, namentlich auch im Rahmen der 750-Jahr-Feierlichkeiten der Thuner Handfeste sowie des 175-Jahr-Jubiläums des Thuner Kadettenkorps.

Ich bin persönlich sehr dankbar für die vielen schönen und bewegenden Begegnungen.

Ich danke Ihnen für das mir in diesem Jahr geschenkte Vertrauen.

Ich danke den Medien für die Berichterstattung.

Ich danke dem Stadtrat und seinen Kommissionen für ihre Arbeit.

Ich danke dem Gemeinderat für seine kluge und kollegiale Regierungstätigkeit.

Ich danke der Verwaltung, dem Stadtschreiber, dem Stadtratssekretär, dem Stadtratssekretariat und den Protokollantinnen für die ausgezeichnete Vorbereitung der Stadtratsgeschäfte und die tadellose Organisation der Ratssitzungen. Sie haben mich mit ihren Diensten hervorragend unterstützt.

Der Stadt Thun wünsche ich ein gutes Vorwärtsgen und Vorankommen, dass sie so lebenswert und lebenswert bleiben möge.

Und Ihnen allen persönlich wünsche ich nun frohe Festtage und alles Gute.“

Verschiebung

Die Interpellation I 6/2014 betreffend Grundhaltung der Stadt gegenüber Anlässen, deren Organisatoren und den Gastronomiebetrieben wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Eingänge

- Interpellation Schulraum Seefeld

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Sandra Ryser

Remo Berlinger